

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Bähler J.	Sachverhalt: Die Polizei erwischt drei Männer bei einem Einbruch und nimmt sie fest. Im Fahrzeug findet sie Deliktsgut, was den Verdacht auf weitere Einbrüche weckt. Die Befragungen verlaufen allerdings nicht sehr ergiebig. Wo im Strafverfahren befinden wir uns und was muss die Polizei als nächstes machen?	Wir befinden uns im Vorverfahren (Art. 307 StPO). Die Polizei muss die Staatsanwaltschaft informieren, welche eine Untersuchung eröffnet.
		Angenommen, es ist mitten in der Nacht und die drei Männer stammen aus Osteuropa, was ist zu tun?	Es müsste Untersuchungshaft beantragt werden.
		Welche Fristen gelten hier?	Es handelt sich um eine Zwangsmassnahme gemäss Art. 217 ff. StPO. Es muss die Identität festgestellt und die Staatsanwaltschaft informiert werden. Dies muss innert 24 Stunden seit der Festnahme geschehen. Die Männer müssen der Staatsanwaltschaft zugeführt werden.
		Warum zuführen? Wo findet man hierfür eine Grundlage?	Damit die Haftgründe abgeklärt werden können.
		Welche Haftgründe müssen konkret abgeklärt werden?	Art. 221 StPO: Fluchtgefahr, Beeinflussung der Beweismittel.
		Angenommen, Sie sind Anwalt und erhalten eine Anfrage für die Übernahme der notwendigen Verteidigung. Wie ist der Ablauf, wenn Ihr Klient in Untersuchungshaft versetzt wird?	Art. 224 Abs. 1 StPO: Haftantrag innert 24 Stunden, Haftverfahren.
		Angenommen, es handelt sich hier um einen Fall von notwendiger Verteidigung. Die Staatsanwaltschaft führt die Befragung allerdings ohne Anwalt durch, da dieser erst im Nachhinein bestellt wurde. Ist die Einvernahme gültig?	Es ist keine verbotene Beweiserhebung, Art. 141 StPO regelt die Verwertbarkeit von Beweismitteln. Die Einvernahme der beschuldigten Person ist grundsätzlich ohne Anwalt nicht verwertbar.
		Schauen Sie bei Art. 131 Abs. 3 StPO. Was passiert wenn der Beschuldigte nicht auf die Wiederholung der Einvernahme verzichtet? Was passiert dann mit dem Protokoll?	Das Verwertungsverbot ist betroffen. Das Protokoll muss aus den Strafakten entfernt werden.

		<p>Kann sich der Anwalt jederzeit auf die Unverwertbarkeit berufen oder gibt es hierfür Fristen?</p> <p>Das Zwangsmassnahmengericht hat zur Verhandlung vorgeladen, warum wird hier nicht schriftlich entschieden?</p> <p>Die Staatsanwaltschaft will die Akten nicht aufdecken. Haben Sie als Anwalt ein Akteneinsichtsrecht? Wenn ja, bei welcher Behörde?</p> <p>Schauen Sie bei Art. 225 StPO. Dort sehen Sie, dass das Zwangsmassnahmengericht Akteneinsicht gewährt. Handelt es sich bei den Akten um die gesamten bisher vorhandenen Akten oder nicht?</p> <p>Was legt die Staatsanwaltschaft bei?</p> <p>Wann kann der Anwalt die gesamten Akten einsehen?</p> <p>Angenommen, die Staatsanwaltschaft verweigert die Einsichtnahme, was können Sie als Anwalt machen?</p> <p>Kann die Privatklägerschaft vor dem Zwangsmassnahmengericht Fragen stellen?</p> <p>Ist die Haftverhandlung gleichzusetzen wie eine normale Strafverhandlung?</p> <p>Sie wollen als Verteidiger bei der staatsanwaltlichen Einvernahme der Mitbeschuldigten teilnehmen. Können Sie sich auf Art. 147 StPO berufen oder steht Art. 146 StPO entgegen?</p>	<p>Es gibt keine gesetzlichen Fristen, auch die Literatur ist sich diesbezüglich nicht schlüssig (Antwort kam vom Experten).</p> <p>Damit schriftlich entschieden werden kann, muss die beschuldigte Person ausdrücklich auf eine Verhandlung verzichten.</p> <p>Beim Zwangsmassnahmengericht, Art. 100 ff. StPO. Dies ist allerdings das allgemeine Akteneinsichtsrecht.</p> <p>Die Staatsanwaltschaft muss dem Zwangsmassnahmengericht nur wesentliche Akten beilegen.</p> <p>Alle Akten bezüglich dringender Tatversacht und Fluchtgefahr.</p> <p>Art. 100 StPO: nach der ersten Einvernahme.</p> <p>Bei der Beschwerdekammer des Obergerichts Beschwerde erheben.</p> <p>Die Privatklägerschaft ist Partei.</p> <p>Nein, sie ist nicht öffentlich, gemäss Art. 225 Abs. 1 StPO nehmen nur die Staatsanwaltschaft, die Verteidigung und der Beschuldigte teil, die Privatklägerschaft nicht (Antwort kam vom Experten).</p> <p>Der Anwalt hat das Recht teilzunehmen, aber zu Beginn der Untersuchung gibt es Einschränkungen.</p>
--	--	---	---

		<p>Wie könnte die Staatsanwaltschaft Art. 147 StPO noch aushebeln wenn der Beschuldigte auch nach längerer Zeit nicht aussagt?</p> <p>Sie könnte es auch aushebeln indem die Verfahren getrennt geführt würden, dann wäre Ihr Beschuldigter nicht Partei bei den Verfahren der anderen Beschuldigten.</p> <p>Es ist sehr wahrscheinlich, dass Ihr Beschuldigter in den Genuss einer bedingten Freiheitsstrafe kommt. Was können Sie als Verteidiger tun?</p> <p>Spielt es für die Frage der Verhältnismässigkeit eine Rolle, dass die Strafe sehr wahrscheinlich bedingt ausgesprochen wird?</p>	<p>Einschränkungen des rechtlichen Gehörs gemäss Art. 108 StPO.</p> <p>Das abgekürzte Verfahren beantragen und ein Haftentlassungsgesuch stellen (vgl. Art. 228 Abs. 5 StPO).</p> <p>Nein, in Bezug auf die Überhaft spielt das keine Rolle (Antwort kam vom Experten).</p> <p><b>Antworten kamen teilweise erklärend vom Experten.</b></p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
<b>ZPO/SchKG</b>	Güntherich	<p>Gibt folgenden Sachverhalt zum Lesen ab: Gläubiger G hat gegen den Schuldner S am 21. Mai 2015 einen Pfändungsverlustschein erwirkt. Am 22. Juni 2016 betreibt G neu. S erhebt Rechtsvorschlag mit der Begründung des fehlenden neuen Vermögens.</p> <p>Was passiert jetzt mit der Einrede?</p> <p>Wie geht es jetzt weiter?</p> <p>Bringt ihm der Pfändungsverlustschein somit nichts?</p> <p>Warum ist der Pfändungsverlustschein eine Schuldanerkennung?</p> <p>Wer ist für die Behandlung der Rechtsöffnung zuständig?</p> <p>Wie geht es nun weiter?</p> <p>Ist die Aberkennungsklage immer möglich?</p> <p>Angenommen, es handelt sich um einen Konkursverlustschein, wie läuft das Verfahren dann ab?</p> <p>Wie funktioniert diese Klage?</p> <p>Wenn der Rechtsvorschlag nicht bewilligt wird, wer ist dann der Kläger?</p>	<p>Hier sind die Art. 265 und 265a SchKG massgebend. Diese gelten nach einem Konkurs. Hier handelt es sich allerdings um eine Pfändung und nicht um einen Konkurs.</p> <p>Es ist zu entscheiden ob er die Forderung ebenfalls bestreitet oder ob er lediglich die Einrede des fehlenden neuen Vermögens machen möchte. Der Rechtsvorschlag wird jetzt als „normaler“ Rechtsvorschlag qualifiziert.</p> <p>Der Gläubiger muss Rechtsöffnung verlangen wenn er einen Rechtsöffnungstitel hat, ansonsten kann er Anerkennungsklage erheben.</p> <p>Gemäss Art. 149 SchKG gilt er als Schuldanerkennung und als provisorischer Rechtsöffnungstitel. Daher kann er hier provisorische Rechtsöffnung verlangen.</p> <p>Die Forderung wurde im vorherigen Verfahren bereits geprüft.</p> <p>Das Regionalgericht.</p> <p>Wenn die provisorische Rechtsöffnung erteilt wird, kann provisorisch gepfändet werden. Der Schuldner könnte noch Aberkennungsklage machen. Wenn er dies nicht macht, wird die Rechtsöffnung definitiv.</p> <p>Es stellt sich die Frage der res judicata. Wenn vorher schon materiell-rechtlich entschieden wurde, ist die Aberkennungsklage nicht möglich.</p> <p>Der Rechtsvorschlag wird dem Gericht vorgelegt. Es ist kein Rechtsmittel möglich, aber es kann Klage erhoben werden.</p> <p>Es ist ein Feststellungsprozess, die Beweislast liegt beim Gläubiger.</p> <p>Der Schuldner.</p>

		<p>Wie lautet das Rechtsbegehren?</p> <p>Wie läuft das Verfahren ab?</p> <p>Könnte evtl. das Handelsgericht zuständig sein?</p> <p>Welches ist der Streitwert?</p> <p>Man muss sich fragen, ob es eine betriebsrechtliche Klage oder eine betriebsrechtliche Klage mit Reflexwirkung auf das materielle Recht ist. In beiden Fällen ist nicht das Handelsgericht zuständig.</p> <p>Angenommen, der Rechtsvorschlag wird bewilligt, welche Rechtsmittelmöglichkeiten bestehen?</p> <p>Kann die Sache ans Bundesgericht weitergezogen werden?</p> <p>Kann der Schuldner im Laufe des Verfahrens bezüglich neuem Vermögen die Insolvenzerklärung deponieren?</p>	<p>Es sei festzustellen, dass der Kläger nicht zu neuem Vermögen gekommen ist.</p> <p>Es ist kein Schlichtungsverfahren notwendig, da dies eine Ausnahme ist.</p> <p>Art. 6 ZPO.</p> <p>Nicht der Verlustschein-Betrag (Antwort kam vom Experten).</p> <p>Die Berufung gemäss Art. 309 ZPO.</p> <p>Ja, gemäss BGG mit der Beschwerde in Zivilsachen.</p> <p>Art. 265b SchKG. Bei einem Konkurs fällt der Lohn nach Konkurseröffnung nicht mehr in die Konkursmasse (Antwort kam vom Experten).</p> <p><b>Antworten kamen teilweise erklärend vom Experten.</b></p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Erklären Sie den Begriff Eigenmietwertbesteuerung.	Diese wurde eingeführt, weil die Hauseigentümer Mietkosten sparen können.
		Was ist das Steuerobjekt, d.h. woran knüpft die Besteuerung?	An die Nutzung der Liegenschaft / Selbstnutzung.
		Weshalb ist der Eigenmietwert steuerbar?	Weil es im DBG so geregelt ist.
		Wenn es keine explizite Regelung gäbe, wäre der Eigenmietwert dann trotzdem steuerbar?	Nein.
		Was ist mit der Generalklausel? Sagt Ihnen der Begriff Reinvermögenstheorie etwas?	Alle wiederkehrenden und einmaligen Einkünfte unterliegen der Einkommenssteuer. Hier sind es keine Einkünfte die zufließen, aber ein Naturalbezug.
		Was ist das Spezielle am Naturalbezug?	-
		Sind mit der Eigenmietwertbesteuerung Abzüge verbunden?	Ja, Schuldzinsen und der erhaltende Unterhalt (Reparaturen, Arbeiten etc.).
		Was halten Sie von der Diskussion betreffend Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung?	Der Abzug auf den Schuldzinsen würde entfallen.
		Wer würde davon profitieren und wer nicht?	Wer hohe Hypothekarschulden hat, würde profitieren, wer bereits alles abbezahlt hat, würde nicht profitieren. Zudem könnten auch die Unterhaltskosten und die Kosten für Renovationen nicht mehr abgezogen werden.
		Ist der Eigenmietwert für alle gleich oder wo ist er höher und wo tiefer?	Bei neuen Bauten oder bei günstiger Lage ist er höher.
		Sind Mieter davon betroffen?	Indirekt in Bezug auf den Gerechtigkeitssinn, da die Hauseigentümer keine Mietkosten haben.
		Angenommen, Sie beraten eine Familie, die ein Haus renovieren möchte (Zahlen wurden vom Experten genannt resp. abgegeben).	Früher war dies problematisch aufgrund der Dumont-Praxis. Heute können Renovationen bei der Einkommenssteuer abgezogen werden, wenn sie werterhaltend sind. Werterhöhende Massnahmen können nicht abgezogen werden.
		Warum wurde die Dumont-Praxis abgeschafft?	Zuerst wurde sie auf Bundesebene und dann auf kantonaler Ebene gestrichen.

Wenn die Renovationen ausschliesslich werterhaltend sind, was würden Sie der Familie raten?

Weitere Fragen bezüglich Zuordnung zum Steuerjahr (nach Arbeitsdatum oder nach Rechnungsdatum) bezüglich Abgrenzungstheorien und bezüglich Grundstückgewinnsteuer, allerdings ohne entsprechende Antworten.

Die Progressionsstufen sollten ausgenutzt werden.

**Antworten kamen teilweise erklärend vom Experten.**

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
<b>Bern. Staats- und Verwaltungsrecht</b>	Lienhard	Jemand möchte einen Hotdog-Stand ohne Tische eröffnen. Es bestehen allerdings Unsicherheiten bezüglich der Öffnungszeiten. Massgebend ist entweder das Gastgewerbegesetz oder das Gesetz betreffend Handel und Gewerbe. Unter welches Gesetz fällt der Takeaway-Stand?	Gemäss Art. 2 GG fällt die Abgabe von Speisen und Getränken an Ort und Stelle unter das Gastgewerbegesetz. Hier ist allerdings das HGG anwendbar, da kein Konsum an Ort und Stelle stattfindet (Art. 1 HGG).
		Was heisst das nun in Bezug auf die Öffnungszeiten?	Gemäss Art. 9 HGG gelten für Imbiss-Stände in Bezug auf die Öffnungszeiten die Bestimmungen des Gastgewerbegesetzes.
		Ist es tatsächlich ein Imbissstand?	Man müsste in der Verordnung schauen, wenn da nichts steht, müsste man die Bestimmung auslegen.
		Was bedeutet historische Auslegung? Welches sind Materialien im Kanton Bern?	Die Materialien findet man im Staatsarchiv oder online im Tagblatt des Grossen Rates.
		Was sind typische Materialien? Wie heisst die Botschaft im Kanton Bern?	Vortrag (Antwort kam vom Experten).
		Der Vortrag sagt, dass ein Takeaway-Stand ein Imbiss-Stand ist, was hier heisst, dass in Bezug auf die Öffnungszeiten im Gastgewerbegesetz nachgeschaut werden muss. Dort steht, dass sich der Betreiber an die Polizeistunde halten muss.	
		Zeitsprung: Der Betreiber hält sich nicht an die Öffnungszeiten. Wer beaufsichtigt das?	Das Gastgewerbegesetz gilt nur in Bezug auf die Öffnungszeiten, für den Rest gilt das HGG. Gemäss Art. 14 Abs. 2 HGG erfolgt die Kontrolle durch die Gemeinden.
		Wer ist zuständig für eine allfällige Schliessung?	Gemäss Gesetz ist dies die zuständige Stelle.
		Wer ist das? Schauen Sie in die Verordnung (Art. 15 Abs. 2 HGV).	Das Regierungsstatthalteramt.
		In welcher Form erfolgt die Schliessung?	Mittels Verfügung.
		Wie kann diese angefochten werden?	Beim Regierungsrat -> nein, beim Verwaltungsgericht.



		<p>Gemäss Art. 17 HGV ist die VOL Beschwerdeinstanz. Kann man in einer Verordnung die Zuständigkeit der Rechtsmittelinstanz ändern?</p> <p>Gibt es eine solche im HGG?</p> <p>Was meint der Kanton Bern mit Gesetzgebung?</p> <p>Wer ist die letzte kantonale Instanz im Kanton Bern?</p> <p>Wie rügt man die Zuständigkeit im konkreten Fall?</p>	<p>Ja, wenn es eine Delegationsnorm gibt.</p> <p>Ja, Art. 25 HGG. Es stellt sich allerdings die Frage, ob unter „Ausführungsbestimmungen“ auch die Zuständigkeit fällt. Wahrscheinlich eher nicht.</p> <p>Auch Dekrete und Verordnungen werden darunter verstanden.</p> <p>Das Verwaltungsgericht.</p> <p>Es ist eine Rechtsverletzung geltend zu machen. Das kantonale Recht (VRPG) wird verletzt.</p> <p><b>Antworten kamen teilweise erklärend vom Experten.</b></p>
--	--	--	---